

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

88 (29.4.1950)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.20, im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 29. April 1950

9r. 88

Familienausgleichskassen

Bundestag hob Brünnings Gehaltskürzungen auf — Lebhaftige Debatte um Beihilfe für Kinderreiche

Bonn (UP). Das Plenum des Bundestages beschloß durch die Annahme eines Ausschussesantrages die „unverrückliche“ Aufhebung der sechsprozentigen Gehaltskürzung (Brünningsche Notverordnung) vom 1. Dezember 1949. Die Aufhebung soll in sachlicher und zeitlicher Abstimmung mit den Maßnahmen erfolgen, die aufgrund des Artikels 131 des Grundgesetzes vorbereitet sind. Gegen diese Regelung erhoben sich zunächst einige Stunden, da sie eine Verzögerung der Aufhebung bedeuere. Mehrere Änderungsanträge, die ein sofortiges Inkrafttreten der Neuregelung verlangten, verliefen jedoch der Ablehnung. Man vermutet, daß durch die Annahme des Ausschussesantrages der Finanzminister nun freie Bahn zu seinem Vorhaben hat, die Gleichstellung der Flüchtlinge und einheimischen Beamten durch eine einheitliche dreiprozentige Kürzung zu erreichen.

Der äußerst schwach besetzte Bundestag hatte als ersten Punkt der Tagesordnung drei verschiedene Anträge diskutiert, die sich mit der finanziellen Beihilfe für kinderreiche Familien beschäftigten. Die Sozialdemokraten trafen für eine Kinderbeihilfe von 20 DM je Kind für einen großen Empfängerkreis ein. Dieser auch von der KPD unterstützte Gesetzentwurf fand lebhaften Widerspruch bei den Regierungsparteien. Die von der Opposition hierfür errechnete Gesamtsumme von 2,5 Milliarden DM bezeichnete der CDU-Sprecher Winkelheim als Trugschluß, da laut Statistiken eine Summe von 3 Milliarden in Betracht käme. Er befürwortete den seit Monaten vorliegenden Gesetzentwurf über eine Familien-Ausgleichskasse, der vom Sozialpolitischen Ausschuß bereits ausreichend bearbeitet worden sei. Zur sachlichen Überprüfung wurde die Anfrage dem sozialpolitischen bzw. Haushaltsausschuß zugeleitet.

Ein Ohnmachtsanfall eines sozialdemokratischen Abgeordneten am Rednerpult beendete die Debatte des Bundestags über Sofortmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche unvermutet lange vor der vorgesehenen Zeit. Die Sitzung wurde geschlossen, da dem SPD-Sprecher später Gelegenheit gegeben werden soll, seine Ausführungen zu beenden. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Beschlüsse gefaßt.

Das Kabinett beschloß

Die Länder des Bundesgebietes sind zur Aufnahme der aus Polen und der Tschechoslowakei ausgewiesenen Deutschen verpflichtet, heißt es in einem Gesetzentwurf der Bundesregierung, der vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Wie ein Regierungssprecher mitteilte, sollen die Länder, über deren Grenzen die 25.000 Deutschen aus Polen und die 20.000 Deutschen aus der Tschechoslowakei das Bundesgebiet betreten, zunächst zur Aufnahme in einem Durchgangslager verpflichtet werden. Später sollen diese Flüchtlinge dann in die anderen Länder des Bundesgebietes weitergeleitet werden.

Das Kabinett beschloß weiter, 100 Millionen DM für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte bereitzustellen. Der Regierungssprecher wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die deutsche Handelsflotte heute nur noch etwa fünf Prozent des Umfangs von 1939 habe.

Ferner wurde beschlossen, die Beförderungsteuer im Kraftwagenverkehr von zwei auf drei Prozent zu erhöhen. Ein entsprechender Gesetzentwurf in dem nach Mietwagen und Kraftomnibussen einbezogen sind, wurde dem Bundestag zugeleitet. Wie ein Regierungssprecher vor der Presse bekanntgab, soll auch die Beförderungsteuer für Möbelfernverkehr und Werkstoffverkehr wieder erhoben werden.

Das Kabinett verabschiedete außerdem den Entwurf eines Vieh- und Fleischgesetzes, in dem der Verkehr mit Vieh und Fleisch geregelt wird und beschloß, die Mittel für Exportkreditlinien von 400.000 auf 600.000 DM heraufzusetzen.

Weizenabkommen gebilligt

Der Bundesrat billigte einstimmig den Gesetzentwurf der Bundesrepublik zum internationalen Weizenabkommen. Nach diesem Abkommen hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, im Jahre 1950 1,8 Millionen Tonnen Weizen von den Mitgliedstaaten des Weltweizenrats zu kaufen. Damit können rund zwei Drittel der deutschen Einfuhren an Weizen gedeckt werden.

Der Bundesrat genehmigte außerdem eine Vorlage über eine Volks- und Betriebszahlung. Die Kosten dieser Zahlung werden mit rund 43 Millionen DM angegeben. Der Betrag soll je zur Hälfte von den Ländern und vom Bund getragen werden. Ein Gesetz über den Nachtragshaushalt des Bundes wurde vom Bundesrat einstimmig abgelehnt.

Heuss besucht Passionsspiele. Der offizielle Regierung- und Pressevorstellung des Oberammergauer Passionsspiels am 18. Mai wird Bundespräsident Heuss in Begleitung seiner Gattin beiwohnen.

McCloy an Pfingsten in Berlin. Der amerikanische Hohen Kommissar McCloy hat bekanntgegeben, daß er während der Pfingstfeiertage voraussichtlich in Berlin sein werde.

ZUM 1. MAI



NUN GEHST DU WIEDER DEINE MAIENGÄNGE
AN SCHWÄNKEN ZWEIGEN DURCH DIE FLUR DÄHN,
UND ATMEST WOHL BEIM HÄLLEN DER GESÄNGE
UND BEI DER KLAREN STILLE SONNENBLÜHN.

UND GEHST WIE WOLKEN WEISS IM HIMMEL SCHWEBEN,
GETRAGEN WIE DEIN TRAUMGESPIELE WIND.
UND LICHT UND SCHATTEN TAUN DIR IN DEIN LEBEN,
DARAUS DIR BLÜTEN AUFGEANGEN SIND.

OTTO LAUTENSCHLAGER

Verheißungsvolle Einigung

Dreistündige Konferenz der Hohen Kommission mit Adenauer u. Schäffer Deutsche Zusicherungen zerstreuten Bedenken

Bonn (UP). Die alliierte Hohe Kommission hat nach einer dreistündigen Unterredung mit Bundeskanzler Dr. Adenauer und Finanzminister Dr. Schäffer, an der auch die alliierten Finanzberater teilnahmen, entscheidend ihr vorläufiges Veto gegen das Bundeskommunikations- und Körperschaftsteuergesetz zurückgenommen.

In einem an Adenauer gerichteten Schreiben heißt es unter anderem, daß das Memorandum des Bundesfinanzministers den von der Hohen Kommission geforderten Maßnahmen weit entgegenkomme und weitere Schritte von der Bundesregierung vorgeschlagen worden seien, um die Befürchtungen der Hohen Kommission zu zerstreuen. Insbesondere sei die Zusicherung erfolgt, daß ein ausgleichender Bundeshaushalt für das Finanzjahr 1950/51 vorgelassen werde. Außerdem enthalte das Memorandum das Versprechen, daß die Länderhaushalte im Finanzjahr 1950/51 durch das neue Gesetz nicht ungünstig beeinflusst würden.

Außerdem hätte Finanzminister Schäffer feste Zusicherungen gegeben, eine Luxus- und Verbrauchssteuer einzuführen, um den Steuerausfall in den höheren Einkommensteuerrufen zu reduzieren. Der Finanzminister vertraue darauf, daß diese Beschränkungen schließlich gekoppelt mit anderen Maßnahmen, zu einer verstärkten Sparbildung führen, die für Investitionszwecke dienen soll. Weiterhin seien Zusicherungen erfolgt, verschärfte Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung zu ergreifen und die Steuerstrafen zu erhöhen.

Die Hohen Kommissare haben Dr. Adenauer ferner davon unterrichtet, daß es ihnen nicht möglich sei, bereits jetzt zu dem deutschen Memorandum Stellung zu nehmen, das sich mit vorläufigem Einspruch der Hohen Kommission gegen das Bundesbeamten-gesetz befaßt. Dieses Memorandum ist erst am Donnerstag dem alliierten Generalsekretariat in Bonn zugegangen. Die Besprechungen hierüber sollen in den nächsten Wochen fortgesetzt werden.

Erweiterte Befugnisse?

Wie hier weiter verlautet, haben die Hohen Kommissare mit Dr. Adenauer auch die Möglichkeit einer Revision des Besatzungsstatuts besprochen.

Bemerkte der alliierten Hohen Kommission wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, Dr. Adenauer und mehrere Kabinettsmitglieder hätten in letzter Zeit nachdrücklich größere außenpolitische Befugnisse mit dem Ziel eines praktisch selbständigen deutschen Außenministeriums gefordert, besonders im Hinblick auf den deutschen Beitritt am Europarat. Diese Teilnahme erfordere einen ständigen direkten Kontakt mit ausländischen Staaten. Angesichts dieser Situation sei es kein Wunder, wenn innerhalb der Hohen Kommission Stimmen laut würden, die eine außenpolitische Kompetenzerweiterung der Bundesregierung unter bestimmten Voraussetzungen gutheißen, weil sie die entsprechenden Artikel des Besatzungsstatuts mit dem Ziel einer weitgehenden Aufnahme West-

(Forts. auf der 2. Seite)

Deutsche Mitwirkung

Von Willi Schickling

Wie wir hofften, ist die psychologische Krise, die in den letzten Tagen die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Besatzungsmächten kennzeichnete, am Wochenende durch die Einigung über das Steuergesetz im wesentlichen überwunden worden.

Das Bonner Steuergesetz hatte zu Meinungsverschiedenheiten geführt, in denen sich die Problematik des Verhältnisses Westdeutschlands zur Außenwelt offenbarte: die Bundesrepublik wird zwar nicht mehr als reines Objekt der Siegermächte betrachtet, aber man kann sich nur schwer entschließen, ihm die volle Souveränität zuzugestehen. Man wünscht die deutsche Mitwirkung an der Neugestaltung der westlichen Welt, aber angesichts der früheren Erfahrungen und der labilen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation zwischen den Trümmern des „Dritten Reiches“ begegnet man dem jungen Staatswesen mit einer gewissen Skepsis.

Die Zwitterstellung der Bundesrepublik, die sich nicht mehr als Besiegter fühlt, sich aber andererseits noch nicht als gleichberechtigter Partner betrachten darf, schafft eine Atmosphäre, in der sich leicht Vertrauenskrisen in der Art der eben überstandenen entwickeln können. Auf dem Wege Deutschlands in die europäische Gemeinschaft gibt es nicht nur eine politische und eine wirtschaftliche, sondern auch eine „psychologische“ Hürde. Manche alliierten Erklärungen dieser Woche lassen darauf schließen, daß die Außenwelt Deutschland helfen will, diese Hürde zu überwinden.

So stellten amtliche amerikanische Kreise der Bundesrepublik eine größere wirtschaftliche Freizügigkeit in Aussicht. Man sprach von einem Plan zur Erhöhung der Tonnage und der Geschwindigkeit deutscher Schiffe (gegen den allerdings noch eine starke britische Opposition bestehen soll) und erörterte in Verbindung mit der bevorstehenden Londoner Konferenz die Möglichkeit, Deutschland in einen neu zu bildenden Wirtschaftsrat der Atlantikpaktstaaten aufzunehmen. Den amerikanischen Beamten schwebt hierbei eine Nachfolgeorganisation der Marshallplan-Behörden vor, in der die Bundesrepublik ihre Wünsche auf Erhöhung der deutschen Produktionskapazität mit den Interessen Frankreichs und Englands in Einklang bringen könnte.

Inzwischen forderte der französische Außenminister Schuman die Beendigung der Spannungen zwischen den westlichen Alliierten und der deutschen Bundesregierung. Der französische Staatsmann appellierte an den deutschen Partner, Geduld und Verständnis zu zeigen, und unterstrich, daß man Deutschland „einen Platz unter den demokratischen und friedliebenden Nationen“ angeboten habe. Er wandte sich gegen gewisse deutsche Forderungen, betonte jedoch, daß er an die Aufrichtigkeit des Verständigungswillens Adenauers glaube. „Ich unterschätze auch nicht die innenpolitischen Schwierigkeiten, denen sich der Bundeskanzler gegenüber sieht, und die die Sprache, deren er sich manchmal bedient, zum größten Teil erklären“, sagte Schuman.

Schuman hat es inzwischen freilich für notwendig erachtet, vor dem französischen Kabinett zu erklären, daß eine Aufnahme Westdeutschlands in die Reihen der Atlantikpaktstaaten nicht in Frage komme. Soweit sich aus den bis jetzt vorliegenden Meinungen über seine Ausführungen ersehen läßt, richtet sich dieser Einwand aber weniger gegen eine deutsche Teilnahme an dem geplanten, bereits erwähnten atlantischen Wirtschaftsrat, als gegen eine aktive Mitwirkung der Bundesrepublik im Rahmen der westeuropäischen Verteidigung.

Als weitere psychologische Hilfestellung für Adenauer dürfte die Vereinbarung der drei alliierten Hohen Kommissare zu werten sein, daß sich die Vertreter der Bundesregierung in der Beratenden Versammlung des Europarates als Repräsentanten eines unabhängigen Staates bewegen dürften, wenn sich die Bundesrepublik zum Eintritt in diese Körperschaft entschleße. Anscheinend will man mit dieser Erklärung der Bundesregierung die Überwindung der bekannten psychologischen Hindernisse erleichtern, die dem Beitritt Deutschlands zum europäischen Parlament entgegenstehen und die bisher in der abweisenden Haltung des Oppositionsführers Schumacher ihren stärksten Ausdruck fanden.

Trotz gewisser widerstrebender Tendenzen im alliierten Lager verfolgt die amtliche amerikanische Politik das Ziel, Westdeutschland als eine Art Bündnispartner (wenn auch nicht gleich mit allen machtpolitischen Konsequenzen) in das westliche System aufzunehmen.

Erst vor wenigen Tagen erklärten amerikanische Regierungsbeamte erneut, daß die Idee von der Schaffung eines vereinigten, politisch aber neutralen Deutschland als „Puffer zwischen Ost und West“ ein „gefährlicher Traum“ sei, den man besser vergessen sollte.

Die Erkenntnis, daß das Bonner Staatswesen keinen Januskopf haben kann, sondern sein Gesicht zwangsläufig nach Westen richten muß, läßt aber nur eine Politik zu: trotz aller Meinungsverschiedenheiten und psychologischen Hindernisse auf beiden Seiten muß der Westen unter Führung Washingtons weiter versuchen, die Harmonie zwischen Bonn und den großen Hauptstädten der westlichen Kulturwelt herzustellen.

Verheißungsvolle Einigung

Fortsetzung von der 1. Seite

deutschaids in die westeuropäische Gemeinschaft für unvereinbar hielten.

Begünstigt werde diese Entwicklung durch die verschärften Ost-West-Spannungen und die geringen Aussichten, die Einheit Deutschlands in absehbarer Zeit wieder herzustellen. Es werde an den Deutschen selbst liegen, ob sie eine Chance erhalten. Auf alle Fälle werde jedes Ersuchen der Bundesrepublik auf Erweiterung ihrer außenpolitischen Kompetenzen entsprechend überprüft werden müssen. Eine Entscheidung vor der Londoner Konferenz voraussetzen zu wollen, sei aber mehr als verfrüht.

Nach der Einigung

Unmittelbar nach der Konferenz berichteten der Bundeskanzler und sein Finanzminister vor rund 150 deutschen und ausländischen Journalisten über die Verhandlungen mit den Alliierten.

Mit großer Befriedigung hob Dr. Adenauer hervor, daß die Hohen Kommissare ihren vorläufigen Einspruch gegen das Einkommensteuergesetz zurückgenommen haben.

Mit einer eingehenden chronologischen Darstellung der Ereignisse und genauer Interpretation der deutschen Argumente unter Heranziehung des Gesetzestextes erläuterte Finanzminister Schäffer die Geschichte des Vetos. Er sagte, daß die Alliierten Bedenken schon am vergangenen Montag zurzeit werden konnten, versicherte, daß es kein Defizit im Bundeshaushalt geben werde („schon deshalb nicht, weil Einkommensteuern Ländersteuern sind“) und kündigte die Luxussteuer sowie eine Art Spesensteuer an.

„Das Gesetz könnte heute schon in Kraft treten“, schmunzelte der Minister. Er verwies alle Befürchtungen eines höheren Risikos durch die neue Steuer in das Reich der Fabel. Auch die Länder-Haushalte seien im kommenden Rechnungsjahr nicht gefährdet. „Man sollte die Steuerbelastung nicht immer nur unter dem Blickwinkel der Einkommensteuer sehen. Das neue Einkommensteuergesetz wird einen Anreiz zum freiwilligen Sparen geben.“

Zur Luxussteuer sagte Schäffer, daß sie mehr psychologischen Zielen als einem bedeutend erhöhten Steuereinkommen dienen solle. Ihre Einführung wäre auch ohne alliierte Anregung erfolgt, die überdies erst nach der Vorlage eines entsprechenden Gesetzes erfolgt sei.

Mit der Aufhebung des alliierten Vetos hat die erste große politische Mißstimmung zwischen dem Petersberg und Bonn, die erste ernsthaftige Vertrauenskrise zwischen dem Bundeskanzler und den drei Hohen Kommissaren einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die vergangenen acht Tage — angefüllt mit Demissionsgerüchten, Rücktrittsdrohungen verschiedener Minister und einer ständig wachsenden Spannung in der politischen Atmosphäre — endeten in einer verheißungsvollen freundlichen Stimmung. McCloy gab diesem in jeder Hinsicht erfreulichen Ergebnis Ausdruck, indem er nach der Sitzung sagte: „Die Deutschen haben die Richtigkeit unserer Sache anerkannt. Auf der anderen Seite zeigten wir unsere Bereitschaft, die Angelegenheit mit ihnen auszubehalten.“



Roman von den Bergen von Lois Jost
Copyright by Münchner Roman-Verlag München-Pasing
Nachdruck verboten

9. Fortsetzung

Da stand der Besucher schon grüßend vor dem Fenster der Bäuerin und zog den Hut. „Guten Tag. Bitte kann ich Fräulein Maria sprechen?“

„Ja, was wollen Sie denn von ihr?“

„Ich möchte gerne mit ihr sprechen und auch mit Ihnen, Bäuerin. Gestatten Sie, daß ich hereinkomme?“

„In einem Bauernhof hat man vormittags keine Zeit zur Unterhaltung, aber kommen Sie nur schnell rein, es regnet ja so.“

Maria legte eilig ihre Schürze ab, strich sich mit dem Kamm über das Haar und ging Herbert Embach entgegen.

Er stellte sich der Tante vor und alle drei setzten sich an den runden Tisch in der Stube. Maria war der Heiß wie zugeschnürt. Die Tante brachte einen Krug mit Most und schenkte die Gläser voll. Einen Laib Brot und selbstgemachten Käse stellte sie dazu auf den Tisch.

Das Gespräch ging zuerst über Landläufiges, über das Wetter, die schöne Landschaft, die vielen Fremden und wurde dann langsam persönlicher.

Herbert erzählte, daß seine Schwester schon einige Tage hier sei und Lust hätte, sich hier anzusiedeln, so schön finde sie es. Sie habe

Affantikpakt ohne Bonn

Einbeziehung Westdeutschlands in europäisches Verteidigungssystem nicht beabsichtigt - Frankreich bootet Joliot-Curie aus

Paris (UP). Der französische Außenminister Schuman erklärte auf einer Sitzung des Kabinetts, daß eine Aufnahme Westdeutschlands in die Reihe der Nordatlantikpaktstaaten nicht in Frage käme.

Die Erklärung des Außenministers wurde im Anschluß an die Kabinettsitzung durch Informationsminister Teilgott bekanntgegeben. Wie dieser dabei ausführte, habe Schuman mit seiner Feststellung anderslautende Pressemitteilungen zu entkräften gesucht, die von einer beabsichtigten Einbeziehung Westdeutschlands in das europäische Verteidigungssystem sprachen.

Teilgott gab weiter bekannt, daß das Kabinetts beschlossene habe, den Leiter der französischen Atomforschungsbehörde, Joliot-Curie, mit sofortiger Wirkung seines Postens zu entheben.

Obwohl Joliot-Curie in einer Rede vor dem britisch-amerikanischen Presseklub im vergangenen Jahre zum Ausdruck gebracht hatte, daß ihm Frankreich über seinen politischen Überzeugungen stehe, seien doch Äußerungen, die er bei dem kürzlichen Kongreß der „Partisanen des Friedens“ in Moskau getan hätte, dazu geeignet, im Ernstfall an seiner Loyalität gegenüber seinem Vaterland zu zweifeln.

Joliot Curie, dessen Entlassung seit Tagen „in der Luft lag“, hatte auf der oben erwähnten Tagung in Moskau u. a. erklärt: „Die fortschrittlichen Wissenschaftler wer-

den niemals auch nur den geringsten Teil ihres Wissens dazu hergeben, um einen Krieg gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Die russischen Wissenschaftler wissen genau, daß bei einem möglichen Abwurf von Atombomben auf sowjetisches Gebiet Wissenschaft und Technik der UdSSR weit genug vorgeschritten sind, um entscheidend zurückzuschlagen.“

Diese Erklärungen und Joliot's Erscheinen auf dem kürzlichen Jahreskongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs lösten in Kreisen der Regierung und des Parlaments scharfe Angriffe gegen ihn aus, die jetzt in dem — von uns bereits angekündigten — Beschluß des Kabinetts gipfelten, den Wissenschaftler seines Postens als Leiter der französischen Atomforschung zu entheben.

Daß dieser Schritt auch über die Grenzen Frankreichs hinaus noch einigen Staub aufwirbeln wird, liegt auf der Hand, und der Entschluß, eine Kapazität vom Range Joliot's auszubooten, ist der französischen Regierung sicher nicht ganz leicht gefallen, zumal da die Frage der Neubestetzung des vakanten Postens reichlich schwierig sein dürfte. Wenn sich das Kabinetts trotzdem zur Entlassung des prominentesten französischen Atomforschers entschloß, dann sicher aus der Erkenntnis heraus, die ein britischer Wissenschaftler im Zusammenhang mit dem „Fall Joliot-Curie“ in die Worte faßte: „Man kann nicht auf der einen Seite stehen und gleichzeitig für die andere arbeiten.“ ZSH

Dibelius bei Grotewohl

EKD fordert Gerechtigkeit und Frieden

Berlin (UP). Der Landesbischof von Berlin-Brandenburg, Dr. Dibelius, hatte mit dem Ministerpräsidenten der Ostzone, Grotewohl, eine Zusammenkunft, bei der über die Kanzelankündigungen der evangelischen Kirche am vergangenen Sonntag gesprochen wurde.

An der Besprechung nahmen auch die drei stellvertretenden Ministerpräsidenten Ulbricht, Kasner und Maschke teil.

In einer Erklärung der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands heißt es unter anderem:

„Wir rufen allen Gliedern unseres Volkes im Westen und Osten zu: Werdet eindringlich und unermüdet vorstellig bei allen, die die Verantwortung tragen, daß sie nicht in einen Bruderkrieg willigen, in dem Deutsche gegen Deutsche stehen. Wir legen es jedem aufs Gewissen, zu prüfen, ob er im Falle eines solchen Krieges eine Waffe in die Hand nehmen darf.“

Wir wenden uns an die Regierungen unseres Volkes: Achtet das Recht, dessen Ursprung und Hüter Gott ist, auch in eurer eigenen Rechtssetzung. Übet Gerechtigkeit. Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit. Wahr ist die Würde und die Freiheit des Menschen.

Wir beschwören die Regierungen unseres Volkes, sich durch keine Macht der Welt in den Wahnsinn treiben zu lassen, als ob ein Krieg eine Lösung und Wende unserer Not bringen könnte.

Wir wenden uns an die Mächte, die unser Land besetzt halten, und an alle Machthaber der Welt, die es angeht: Gebt endlich die Gefangenen, Verschleppten und Internierten frei, die durch den Krieg in eure Hände gefallen sind. Beendigt durch gerechte Friedensverträge endlich den Krieg, der die Völker erschlagen hat. Beseitigt endlich die Grenze zwischen Ost und West, die unser Volk zerstückt und die den Frieden der Welt gefährdet.“

Churchill fordert Neuwahlen

Londoner Hafenarbeiter wollen Arbeit wieder aufnehmen — Regierung zieht Truppen zurück

London (UP). Winston Churchill forderte vor einer konservativen Organisation baldige Neuwahlen und eine Beendigung der Herrschaft einer „verschwendischen“ Regierung, durch die das Ansehen Großbritanniens in der Welt stark gelitten habe.

Er wies dabei darauf hin, daß die Konservativen einen neuen Entscheid des britischen Volkes nicht fürchteten.

„Mit einer Majorität von fünf Stimmen“, so sagte Churchill u. a., „reißt sich die Sozialisten das Recht an, ihre üble Herrschaft zu verlängern und der hartgeprüften Insel in dem kritischen Wendepunkt ihres wirtschaftlichen Lebens eine nivellierende und erstarrte Doktrin aufzuzwingen. Was für einen unheimlichen Mißbrauch ihrer Rechte bedeutet es, wenn die sozialistischen Fanatiker die Verstaatlichung der Stahlindustrie ungeachtet des Schadens durchzusetzen versuchen, der durch solche Maßnahmen der Möglichkeit des Broterwerbs und der Wiedergewinnung unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit zugefügt wird.“

Abschließend stellte Churchill fest, die Labour-Regierung habe ihre Schritte in Richtung einer Annäherung an die Vereinigten Staaten und der Förderung eines vereinigten Europa derzeit zögernd und „ungeleitet“ unternommen, daß Großbritannien um die möglichsten Vorteile betrogen worden sei.

Die Londoner Hafenarbeiter, die seit zehn Tagen in Streik standen, haben bei einer Beratung über das Ultimatum der Hafenbehörde, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen, andernfalls sie entlassen würden, mit überwältigender Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt. Die britische Regierung teilte daraufhin mit, daß alle Truppen am Samstag aus dem Londoner Hafengebiet zurückgezogen werden. Sie würden jedoch am Montag noch in Bereitschaft sein, um notfalls wieder einzugreifen.

Pieck schwer erkrankt?

Verhafteter Volkspolizeioffizier: „Ostzone hat Armee von 36000 Mann“

Berlin (UP). Der Staatspräsident der „Deutschen Demokratischen Republik“, Wilhelm Pieck, der sich seit einiger Zeit in der Sowjetunion befindet, soll einer Inlandsmeldung des sowjetischen Rundfunks zufolge in Moskau ernstlich erkrankt sein.

Wie zuverlässig verläutet, ließ es in einem Bericht, der vom Moskauer Zentralstudio für Westafrika gesendet wurde u. a. wörtlich: „Der deutsche Staatspräsident Wilhelm Pieck war nicht anwesend“ (gemeint war eine Parteitagung), „da sich sein Gesundheitszustand unerwartet verschlechtert hat.“ Weitere Einzelheiten über die Art der Erkrankung Piecks wurden bisher nicht veröffentlicht und die Deutschlanddienste von Radio Moskau enthielten bis jetzt noch keinerlei Hinweise auf den Gesundheitszustand des ostzonalen Staatspräsidenten.

Der gleichen Quelle zufolge wird die sowjetische Ostseeflotte am 1. Mai in Verbindung mit starken Einheiten der Luftstreitkräfte im Raum zwischen Kronstadt und Baltijsk (Pillau) die größte manöverbefähigte Parade in der Ostsee seit 1943 abhalten. In Moskau selbst sollen in den ersten Morgenstunden dieses Tages die bisher größte Parade der Land- und Luftstreitkräfte stattfinden. Eine aus zwanzig Personen bestehende Delegation von Nationalpreisträgern, Aktivisten, Professoren und „verdienten Ärzten des Volkes“ ist aus der Ostzone zur Teilnahme an diesen Feierlichkeiten nach Moskau abgereist.

Die auf der Insel Rügen stationierten und in der Ausbildung befindlichen Volkspolizeiverbände wurden — wie der „Tag“ meldet — mit sofortiger Wirkung unter Urlaubssperre gestellt. Die Eisenbahndirektionen von Greifswald und Berlin mußten Transportzüge und Triebwagen bereitstellen, um die Rügen-Polizei auf schnellstem Wege nach Berlin transportieren zu können. Unterrichtete Kreise beim ostzonalen Innenministerium sollen erklärt haben, daß diese Maßnahmen „vorsorglichen Charakter“ hätten und mit den Demonstrationen des 1. Mai im Zusammenhang stünden. An beiden Tagen sollen in Ostberlin Volkspolizei-Paraden durchgeführt werden.

Eine sensationelle Aussage

Vor einem amerikanischen Gericht im US-Sektor Berlins begann die Strafverhandlung gegen zwei Mitglieder der Volkspolizei, die vor kurzem verhaftet worden waren, als sie uniformiert und schwer bewaffnet durch Westberlin fuhren. Der angeklagte 21-jährige Leutnant Nocht sagte aus, er gehöre zu einem Sonderverband, dem 36 000 Mann angehören. Diese seien von deutschen und russischen Instruktoren auf militärischer Grundlage organisiert, ausgebildet und ausgerüstet worden und verfügten über Panzer, Panzerwagen und Geschütze. Sie übten keine Polizeitätigkeit aus, sondern führten Feldmanöver in der Art der ehemaligen deutschen Armee durch.

Der Vorsitzende des Gerichts fand die beiden Angeklagten schuldig und gab bekannt, daß er das Urteil am Montag verkünden werde. Die beiden Angeklagten bitten um ein mildes Urteil, da die Schuld bei der Volkspolizei und nicht bei ihnen liege.

Der große Rettungsanker

Adenauer-Interview mit „L' Italia“

Rom (UP). Eine politische und wirtschaftliche Union Deutschlands, Frankreichs und Italiens als „Rettung des christlichen und zivilisierten Europa“ befürwortete Bundeskanzler Adenauer in einem in Bonn gehaltenen Interview mit dem Chefredakteur der in Mailand erscheinenden Zeitung „L' Italia“.

„Ich bin voll und ganz überzeugt“, sagte Adenauer, „daß lediglich eine totale Union, politischer und wirtschaftlicher Natur, unter diesen drei Ländern, die einander ausgezeichnet ergänzen und von der wir ein vielversprechendes praktisches Muster in dem Schweizer Bundesstaat besitzen, die Zukunft Europas sicher sein kann. Frankreich, Italien und Deutschland, politisch und wirtschaftlich in einem Staat geeint, sind der große Rettungsanker für das christliche und zivilisierte Europa.“

einen freien Beruf, sei Kunstgewerblerin und an keinen Ort gebunden.

„Ja, das ist ja möglich, daß Sie die Maria zur Frau wollen. Sie sind nicht der erste aus der Stadt, der sich zur Abwechslung einmal ein gesundes, anständiges Mädchen wünscht. Ob eine solche Ehe glücklich wird, ist immer noch die Frage. Doch ganz abgesehen davon hat Sie die Maria anscheinend nicht darüber aufklärt, daß sie bereits mit einem Hiesigen verlobt ist und voraussichtlich im Dezember heiratet.“

Herbert wollte sie unterbrechen, doch sie sprach bestimmt und ruhig weiter. Sie sah dabei keinen an, sondern redete in den Raum hinein.

„Hat sie es Ihnen nicht gesagt, ist sie eine Person, die in meinem Haus nichts mehr verloren hat, denn von mir hat sie nur Zucht und Ordnung gelernt. Hat sie es Ihnen aber gesagt, dann verstehe ich Sie wirklich nicht. Um ein Mädchen zu werben, das vor der Heirat steht, das ist denn doch die Höhe. Wenn das in der Stadt so der Brauch ist, dann ist es ja kein Wunder, was man alles über die Stadt-leute hört.“

Ihr Urteil über die Städter ist wirklich etwas übertrieben, Frau Kogler. Wir müssen uns heute so durchnähen und soviel arbeiten, daß uns wenig Zeit für ein ausschweifendes Leben bleibt. Glauben Sie mir, unsere Nachbarkreise sind am wenigsten von uns besucht und die Stille steht nicht niedriger im Kurs als anderwärts. Aber Ausnahmefälle gibt es überall und wenn ich die Maria lieb habe, so ist es nicht deshalb, weil ich der Dämchen in der Stadt satt bin. Diese Frauen sind vielfach durch ihre oft sehr anstrengenden Berufe verbraucht und nicht durch Lasterhaftigkeit, wie Sie denken. Da könnte manches Landmädchen mehr erzählen, das dürfen Sie mir glauben. Ich habe bei Ihnen um Maria geworben,

am liebsten dem Besucher die Tür gewiesen hätte.

„Ja, das ist ja möglich, daß Sie die Maria zur Frau wollen. Sie sind nicht der erste aus der Stadt, der sich zur Abwechslung einmal ein gesundes, anständiges Mädchen wünscht. Ob eine solche Ehe glücklich wird, ist immer noch die Frage. Doch ganz abgesehen davon hat Sie die Maria anscheinend nicht darüber aufklärt, daß sie bereits mit einem Hiesigen verlobt ist und voraussichtlich im Dezember heiratet.“

Herbert wollte sie unterbrechen, doch sie sprach bestimmt und ruhig weiter. Sie sah dabei keinen an, sondern redete in den Raum hinein.

„Hat sie es Ihnen nicht gesagt, ist sie eine Person, die in meinem Haus nichts mehr verloren hat, denn von mir hat sie nur Zucht und Ordnung gelernt. Hat sie es Ihnen aber gesagt, dann verstehe ich Sie wirklich nicht. Um ein Mädchen zu werben, das vor der Heirat steht, das ist denn doch die Höhe. Wenn das in der Stadt so der Brauch ist, dann ist es ja kein Wunder, was man alles über die Städter hört.“

Ihr Urteil über die Städter ist wirklich etwas übertrieben, Frau Kogler. Wir müssen uns heute so durchnähen und soviel arbeiten, daß uns wenig Zeit für ein ausschweifendes Leben bleibt. Glauben Sie mir, unsere Nachbarkreise sind am wenigsten von uns besucht und die Stille steht nicht niedriger im Kurs als anderwärts. Aber Ausnahmefälle gibt es überall und wenn ich die Maria lieb habe, so ist es nicht deshalb, weil ich der Dämchen in der Stadt satt bin. Diese Frauen sind vielfach durch ihre oft sehr anstrengenden Berufe verbraucht und nicht durch Lasterhaftigkeit, wie Sie denken. Da könnte manches Landmädchen mehr erzählen, das dürfen Sie mir glauben. Ich habe bei Ihnen um Maria geworben,

weil ich glaube, sicher zu sein, daß sich Maria bereits für mich entschlossen hat und ihre Verlobung lösen wollte. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich gestört habe.“

Er nahm seinen Hut vom Haken und wollte sich verabschieden, doch die Bäuerin hielt ihn noch zurück. „Ich möchte Ihnen was sagen. Geben Sie halt zu Marias Vater. Sie werden schon wissen, wo sie dabehlt ist. Überhaupt preisiert er doch gar nicht so, die Maria ist ja kaum zwanzig Jahr. Laßt ihr halt Zeit und schüttelt sie nicht hin und her, daß sie sich am Schluß gleich gar nimmer auskennt.“

Herbert Embach mußte lachen. „Jawohl, es wäre nicht so eilig, wenn sie nicht inzwischen von einem anderen weggeschnappt würde. Sie wissen ja, wer zuerst kommt ... Und außerdem suche ich selbst die Sache zu regeln. Nun besten Dank für die Bewirtung und sind Sie mir nicht böse, ich habe es wirklich gut gemeint.“ Dann wandte er sich zu Maria.

„Auf Wiedersehen, Maria, anfangs September komme ich wieder. Bis dahin, hoffe ich, weißt du, was du willst.“

Maria gab ihm die Hand und zitterte chrecklich dabei. Sie tat ihm leid. Sie war wirklich noch zu jung für all das, was auf sie einstürzte. Doch sie strahlte soviel Frische und Gesundheit aus, dem kein Mann widerstehen konnte.

In diesem Augenblick kam ihm Maria vor wie all die Kinder, die er schon dutzende Male bei Ehescheidungsprozessen gesehen hatte. Sie standen da und schauten mit großen, unverständlichen Augen zur Mutter, zum Vater. Sie hatten doch beide so lieb und sollten aus von einem getrennt werden und den anderen vielleicht nie wiedersehen und ganz geheim nur und dann war der Schmerz doppelt groß.

(Fortsetzung folgt.)

Eyskens soll im Amt bleiben

Liberaler Bedingung für Kompromißlösung
Brüssel (UP). Der mit der Kabinettsbildung betraute Christlich-Soziale von Zeeland hat Prinzregent Charles vorgeschlagen, daß er den Ministerpräsidenten Eyskens um Weiterführung seiner christlich-sozialen Koalitionsregierung ersuchen solle.

Tito rechnet nicht mit Angriff

Belgrad schlägt Tausch Triest-Görz vor
Belgrad (UP). Marschall Tito erklärte vor ausländischen Berichterstattern, er rechne nicht damit, daß in absehbarer Zeit von irgendeiner Seite ein bewaffneter Überfall auf Jugoslawien zu befürchten sei.

In italienischen Regierungskreisen wurde, wie aus Rom verlautet, das Angebot Titos nach einem Tausch Triest-Görz mit großer Überraschung aufgenommen.

Griechischer Gesandter für Belgrad
Athens Antwort auf Titos Entgegenkommen

Athen (UP). Der griechische Ministerpräsident Plastiras teilte im Parlament mit, daß seine Regierung beschlossen habe, einen Gesandten für Belgrad zu ernennen.

Truman hielt zurück

Dulles kritisiert UN-Charta
Washington (UN). In einer Pressekonferenz war Präsident Truman gegenüber Fragen hinsichtlich eventueller Ereignisse in Berlin anlässlich des kommenden FDJ-Pfingsttreffens sehr zurückhaltend.

John Foster Dulles, der republikanische Berater des US-Außenministers, bezeichnete die Charta der Vereinten Nationen als „überholt“ und forderte die Einberufung einer Vollversammlung, um sie zu revidieren.

Südwestdeutsche Nachrichten

Kundgebung für Baden

Karlsruhe. Am Samstag Abend 19.30 Uhr sprachen auf einer Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft der Badener im Karlsruher Studentenhaus Altreichskanzler Dr. Wirth, Staatspräsident Wohleb und Ministerialdirektor Dr. Thoma. Im Anschluß an die Vorträge ist freie Diskussion.

Südweststaat-Freunde wollen werben

Karlsruhe. Dem Aktionsausschuß, den die „Vereinigung Südwest“ nun auch in Karlsruhe gegründet hat, gehören an: als Vorsitzender Oberlandesgerichtspräsident Martens, als Mitglieder Frau Dr. Backhaus, Rechtsanwalt Dr. E. Buchta, Kreisvorsitzender der Flüchtlingsorganisation IDAD, Stadtrat Karl Flöber, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Karlsruhe, Prof. Dr. Ing. K. Kammüller von der Technischen Hochschule Karlsruhe, Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordneter A. Neuburger und Schlossermeister Franz Schlachter.

Christliche Sozial-Arbeitsgemeinschaft

Karlsruhe. Auf Veranlassung des Sozialpolitischen Ausschusses der CDU fand im Kolpinghaus eine Besprechung über die Konstituierung Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen mit den führenden Männern und Frauen der Gewerkschaften, konfessionellen Verbände und Vereinigungen statt.

Europa und Alemannien Ein Nachklang zum Heuss-Besuch

Die große Ereignisse ihre Schatten vorauswerfen, war auch in Freiburg seit Tagen dafür gesorgt worden, daß die Stadt zum Empfang des Staatsoberhauptes „sauber und glatt“ würde. Der Besuch des Bundespräsidenten war immerhin für die Schwarzwaldhauptstadt ein Ereignis.

Standpunkt stehen, wird diese wichtige Einrichtung sicher begrüßt werden.

Messerstecherei vor dem Tanzlokal

Bruchsal (SWK). Während einer Tanzunterhaltung kam es zwischen einem Landwirt und einem Arbeiter aus Ostringen zu einem Wortwechsel, der vor dem Gasthof heftigere Formen annahm.

Todesstrafe für Söhren und Pfäsem gefordert

Rastatt (UP). Die Staatsanwaltschaft des Tribunal Superior in Rastatt beantragte im Revisionsverfahren gegen den ehemaligen Kommandanten des KZ-Lagers von Ravensbrück Fritz Söhren und den ehemaligen Arbeitsinspektoren des Lagers Ravensbrück Hans Pfäsem die Bestätigung der Todesstrafe, die im ersten Verfahren gegen die beiden Angeklagten ausgesprochen worden ist.

Schwindler arrangiert Hochzeit eines Generals

Konstanz (Upd). In verschiedenen Konstanz Geschäften erschien ein 23 Jahre alter Mann, gab an, er komme im Auftrage eines amerikanischen Generals, um in Überlingen dessen Hochzeit vorzubereiten, und bestellte manter darauf los.

worden sind, zum mindesten bis jetzt nicht als begrüßenswert bezeichnet werden können.

Die Große Strafkammer des Landgerichts Stuttgart setzte am Freitag die Verhandlung im Entnazifizierungsprozess aus und vertagte sich auf Samstag. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsdirektor Walter Meyer verlas ein ärztliches Zeugnis, in dem bescheinigt wird, daß der Angeklagte August Meyer in der Nacht zum Freitag zwei Herz-Kollaps gehabt habe und aus diesem Grunde geschont werden müsse.

Aus aller Welt

Großalarm um „Knurrhahn“

Vergeßlicher Polizeiaufmarsch in Bonn
Bonn (UP). Polizei zu Fuß, motorisiert, ein Polizeischiff sowie männliche und weibliche Kriminalbeamte waren am Freitag um das Bonner Hotelschiff „Knurrhahn“ zusammengezogen.

Zerstörung von Dock 17 eingestiftet

Verfügung des britischen Hohen Kommissars
Hamburg (UP). Der britische Hohe Kommissar, Sir Robertson, verfügte die Einstellung der weiteren Zerstörung des Elbe-Trockendocks 17, da es es nicht riskieren wolle, dem nahegelegenen Elbetunnel Schaden zuzufügen.

Der Bürgermeister von Hamburg, Max Brauer, gab dazu eine Erklärung über den Rundfunk ab, in der er u. a. sagte: „Mit der Entscheidung der britischen Regierung ist eine auf beiden Seiten unerwünschte Spannung beseitigt worden.“

Messerstecher raste durch Bamberg

Hat er sich selbst gerichtet?
Bamberg (SWK). Ein 40jähriger Mann verfolgte seine frühere Freundin, die mit einem Bekannten auf dem Wege in die Stadt war, und begann plötzlich mit einem Messer von hinten auf die Frau einzustechen.

Schwerste Strafen gefordert

Anklageerhebung in Dessau beendet
Dessau (UP). Der Generalstaatsanwalt der Ostzone, Dr. Melchior, beendete seine Anklageerhebung im Dessauer Prozeß — laut ADN — mit der Feststellung, daß der ehemalige Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Leo Herwegen, sich in vollem Umfang der Unterstützung der behandelten Verbände schuldig gemacht habe und für seine Verbrechen schwerstens bestraft werden müsse.

McCloy kritisiert Justiz

Stuttgart (UP). Der amerikanische Landeskommissar von Württemberg-Baden, General Groß, übergab der Presse zwei Schreiben des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy an den württemberg-badischen Justizminister Dr. Beyerle und an Generalstaatsanwalt Dr. Schmid, in denen scharfe Kritik an den mangelhaften Informationsmethoden im württemberg-badischen Entnazifizierungs-skandal geübt wird.

erklärt McCloy: „Die Beschuldigungen im Zusammenhang mit der Handhabung der Entnazifizierungsaffäre ließen gegenüber Beamten im öffentlichen Dienst und anderen einflussreichen Personen Verdacht entstehen.“

Wenn Bemühungen darauf hinstellten, die völlige Klärung der Angelegenheit zu unterbinden, so müsse die Bevölkerung und die Besatzungsmacht den Schluß daraus ziehen, daß „etwas zu verbergen sei“.



„Eine ideale Zigarette...“, sagt WILHELM LANDWEHR, Tankwart der modernsten und schönsten Schnelldienstanlage Deutschlands.

„Nur nicht nervös werden“, sagt Wilhelm Landwehr, der die elektrische Tankanlage der — ganz nach amerikanischem Muster entstandenen — Auto-Schnelldienstanlage Schmidt & Koch in Bremen unter sich hat.

eine Atempause ist, eine Texas, und das Gleichgewicht ist wieder hergestellt. Es gibt in Deutschland jetzt wieder viele gute Zigaretten, aber der Texas gebe ich den Vorzug, weil sie mich nicht nur anregt, sondern auch meine Nerven schont.



AMERICAN BLEND

Packungen zu 5, 10 und 20 Stück.

» Texas — eine Zigarette, die einem etwas sagt «